

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Geschehnisse in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Ergebnisse des EU-Gipfels, die aktuelle Situation in Afghanistan und den Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011.

Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Ergebnisse des EU-Gipfels](#)
2. [Afghanistan- Übergabe in Verantwortung erfolgreich umsetzen](#)
3. [Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011](#)
4. [Relevantes für Mannheim und die Region](#)



Europäische Weihnachtsidylle im Hause Merkozy

Zeichnung: Sakurai



## **1. Ergebnisse des EU-Gipfels**

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben mit den Gipfelbeschlüssen der vergangenen Woche den ursachengerechten Weg aufgezeigt, um ein Auseinanderbrechen der Eurozone zu vermeiden. Gleichzeitig haben sie das Tor zur vertieften politischen Integration weit aufgestoßen. Das ist ein großer Erfolg für unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die deutsch-französische Partnerschaft, die diesen Durchbruch ermöglicht hat.

Mit dem fiskalpolitischen Pakt, der bis März 2012 ausgearbeitet wird, entsteht eine neue Vertragsgrundlage für den Euro. Wer die gemeinsamen Grenzen von Staatsdefizit und Gesamtverschuldung nicht beachtet, unterliegt fortan Eingriffen der Vertragsgemeinschaft. Dabei handelt es sich weniger um „Strafen“ als um nationale Reformpflichten, die die betroffenen Mitgliedstaaten nicht schädigen, sondern stabilisieren – und damit gleichermaßen im Gemeinschafts- wie im Nationalinteresse liegen.

Nicht nur die Regierungen der 17 Euro-, sondern aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigen sich zum fiskalpolitischen Pakt bereit – bedauerlicherweise mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs. In den kommenden drei Monaten kommt es vor allem auch darauf an, die Unterstützung der nationalen Parlamente zu gewinnen. Für den Deutschen Bundestag besteht zunächst kein unmittelbarer Entscheidungsbedarf. Die jetzt in Brüssel vereinbarte Schuldenbremse ist bereits im Grundgesetz verankert, der Haftungsrahmen des Bundeshaushalts wurde abgesteckt und das Instrumentarium des Euro-Rettungsschirms EFSF gebilligt.

Es ist jedoch absehbar, dass im ersten Quartal 2012 Beschlüsse zum Vorziehen des permanenten Rettungsschirms ESM und zum fiskalpolitischen Pakt in seiner abschließenden Fassung getroffen werden.

## **2. Afghanistan- Übergabe in Verantwortung erfolgreich umsetzen**

In dieser Woche wurde die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) beraten. Dabei wurde die Mandatsobergrenze von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Damit nimmt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan konkrete Form an. Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und des Übergabeprozesses ist geplant, die tatsächliche Truppenstärke im Verlauf des nächsten Jahres weiter auf 4.400 Soldaten zu reduzieren. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein.

Bundesaussenminister Westerwelle unterrichtete am Donnerstag in einer Regierungserklärung über die Ergebnisse der internationalen Afghanistan-Konferenz, die in der vergangenen Woche auf dem Petersberg bei Bonn stattfand. Wie bereits vor zehn Jahren ist es gelungen, die wichtigsten Akteure aus Afghanistan an einen Tisch zu bringen und das internationale Engagement mit den Erwartungen und Zielen der Afghanen abzustimmen.



Vom Petersberg ging die Botschaft aus, dass Afghanistan beim zivilen Aufbau auch über 2014 hinaus auf deutsche Unterstützung zählen kann.

Unser Engagement ist zugleich mit klaren Erwartungen an unsere afghanischen Partner verbunden. Der interne Reformprozess in Afghanistan verläuft nach wie vor schleppend. Der deutschen Seite ist bewusst, dass der Aufbau staatlicher Strukturen keine einfache Aufgabe ist, aber wir erwarten hier Fortschritte, damit der begonnene Weg der „Übergabe in Verantwortung“ weiter gegangen werden kann.

Für die Bewertung der Entwicklungen vor Ort ist der jährliche Fortschrittsbericht Afghanistan unerlässlich, den die Bundesregierung in dieser Woche zum zweiten Mal vorlegte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vor einem Jahr den Anstoß zu diesem Bericht gegeben. Diese umfassende Lageanalyse wird auch für die geplante Reduzierung der Zahl unserer Soldaten benötigt. Denn es muss klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne.

Unser militärisches Engagement können wir nur so weit reduzieren, wie die Afghanen die Lage in ihrem Land tatsächlich kontrollieren.

### **3. Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011**

Im zwanzigsten Jahr der Deutschen Einheit wurde diese Woche der Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011 im Plenum debattiert. Der Bericht gibt in verschiedenen Kapiteln einen Überblick über den Stand der Deutschen Einheit im Jahr 2011.

Das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt ist mittlerweile von 43 auf 73 Prozent des westdeutschen Niveaus gestiegen. Im Vergleich zu strukturschwächeren westdeutschen Ländern liegt das Niveau der ostdeutschen Flächenländer inzwischen bei 83 Prozent. Auch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den ostdeutschen Ländern hat sich mit jetzt unter einer Million Arbeitslosen fortgesetzt.

Die neuen Länder werden bis 2030 voraussichtlich ein Drittel und bis 2050 sogar die Hälfte ihrer Bevölkerungszahl von 1991 verloren haben. Bei den Herausforderungen des demographischen Wandels könnten sie eine innovative Pilotfunktion übernehmen.



## **4. Relevantes für Mannheim und die Region**

### **Investitionsrahmenplan des Bundes 2011-2015**

Ich begrüße, dass die ICE-Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar im Investitionsrahmenplan 2011-2015 des Bundes weiterhin als „wichtiges Vorhaben“ aufgeführt ist. Gleichzeitig aber bedauere ich, dass aufgrund des derzeitigen Planungsstandes der Beginn einer Realisierung des Vorhabens vor 2015 nicht zu erwarten ist.

Dies ist, wie ich aus dem Bundesverkehrsministerium erfuhr, auch der Grund dafür, dass im neuen Investitionsrahmenplan keine konkreten Zahlen zu dem Projekt vorliegen. Ich fordere deshalb von der Deutschen Bahn eine Prüfung, inwieweit die Planungen beschleunigt werden können, damit endlich die Voraussetzungen für eine Umsetzung des Projekts geschaffen werden können.

Weiterhin gültig ist jedoch die Vorgabe, wonach die Neubaustrecke über den Hauptbahnhof Mannheim geführt werden muss. Von den regionalen Gremien wie dem Regionalforum ICE-Knoten Rhein-Neckar erwarte ich, dass sie sich mit vereinten Kräften dieser Sache annehmen, denn hier sind alle Verantwortlichen über Parteigrenzen hinweg aufgefordert, an einem Strang zu ziehen.

### **ZEW ein Leuchtturm für Mannheim**

Gemeinsam mit Stadtrat Bernd Kupfer habe ich das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung besucht. Der Kaufmännische Direktor Thomas Kohl und der Leiter des Bereichs Kommunikation, Gunter Grittmann, gaben uns einen Überblick über die aktuellen Aufgaben und Forschungsschwerpunkte des Instituts, von dessen Zielsetzung wir uns sehr beeindruckt zeigten.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, in dem 181 Mitarbeiter, davon 126 Wissenschaftler, arbeiten, gilt als außerordentlich erfolgreiche und zukunftssträchtige Einrichtung der anwendungsbezogenen empirischen Wirtschaftsforschung. Von besonderem Interesse für uns waren die Verbundprojekte, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert werden. In diesem Rahmen stellte Prof. Irene Bertschek ihr mit ZIM-Mitteln des Bundes gefördertes Projekt „Produktivität IT-basierter Dienstleistungen“ vor.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch kommunalpolitische Anliegen des ZEW aufgegriffen, so zum Beispiel der Wunsch nach Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Gelände des ZEW oder die Benennung einer Straßenbahnhaltestelle nach dem ZEW. Ich finde es beachtlich, in welchem Ausmaß das international renommierte Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim forscht. Ich freue mich, dass auch vom Bund Projekte des Instituts gefördert werden.



## Interkulturelles Bildungszentrum leistet wichtige Arbeit

Ich habe gemeinsam mit Stadträtin Regina Trösch und Stadtrat Konrad Schlichter das Interkulturelle Bildungszentrum ikubiz in H2 besucht. Dieses wurde im Jahre 1985, wie Geschäftsführerin Beate Maas mitteilte, in Anbetracht der hohen Anteile nichtdeutscher Jugendlicher in Bildungseinrichtungen gegründet und hat sich schon bald zu einer breit angenommenen Anlaufstelle für Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf entwickelt.

Zielgruppen für das ikubiz sind Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen in Haupt-, Werkreal- und Berufsfachschulen sowie Schul- und Ausbildungsabbrecher/innen. Anlaß des Besuchs war das vom Bund geförderte Jobstarter-Programm „Migrantenunternehmen bilden aus“.

Allein in der Metropolregion gibt es 250 von Migranten geleitete Firmen mit 330 Auszubildenden, wie Beate Maas ausführte. Das Interkulturelle Bildungszentrum leistet eine wichtige Integrationsarbeit und ist ein wichtiger Partner der Stadt Mannheim.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)